

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haerensstein & Bogler, G. L. Daube, Invalidenbank. Berlin Baerns, Arndt, Max Gerstmann. Elsefeld W. Thienes. Halle a. S. Jul. Vack & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heimr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

In dem Entwurf eines Invalidenversicherungsgesetzes ist das Markensystem für die Beitragsverheerung beibehalten worden. Zur Vermeidung wird geltend gemacht: Aus Gründen der Billigkeit mußte an der Bemessung der Beiträge nach Arbeitsdauer und Lohnhöhe festgehalten werden; dann aber erschien die Beitragskarte als das sicherste und leichteste Mittel, um den Versicherten einen zuverlässigen Nachweis über die Dauer seiner Beitragsleistung und dementsprechend über die Höhe seiner Ansprüche, dem Arbeitgeber und der Versicherungsanstalt aber einen bequemen Nachweis über die Entrichtung der erforderlichen Beiträge zu ermöglichen. Die Beibehaltung des auch für ähnliche Einrichtungen des Markensystems erschien am so unbedenklicher, als der Entwurf dieses System in einzelnen wesentlichen verbessert hat. Einige dieser Verbesserungen sollen nachstehend herangezogen werden. Zunächst ist über die Beibehaltung der Beiträge dem Arbeitgeber durch die Beibehaltung der Beitragskarten erwiesen. Diese Beiträge werden dadurch wesentlich vermindert, daß der Versicherte bei Strafe verpflichtet wird, selbst für die Beibehaltung und Vorlegung seiner Beitragskarte die Sorge zu tragen. Der Mangel einer solchen Vorsicht hat bei der praktischen Durchführung des Gesetzes Verlegenheiten herbeigeführt, zumal eine besondere Verpflichtung des Arbeitgebers, einerseits für die Beibehaltung der Karten zu sorgen, nicht besteht und nicht einmal immer Erfolg verspricht, da der Arbeitgeber ohnehin bei unständigen Arbeitern die für die Ausstellung der Beitragskarte erforderlichen Personalien des Arbeiters oft nicht kennen wird. Die Mängel des Markensystems ist dadurch ohne Zweifel vermehrt worden, daß gegenwärtig nur Karten für je eine Beitragswoche bestehen. Die Tabelle greift deshalb auf den Regierungsvorschlag, der schon in dem ersten im Jahre 1888 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf enthalten, aber damals vom Reichstage abgelehnt worden war, zurück und sieht die Einführung verschiedener Appoints von Beitragsmarken vor. Hierdurch wird die Verwendung weniger Karten für größere Zeiträume zulässig. Die einzelnen Appoints soll das Reichsversicherungsamt bestimmen; dasselbe wird voraussichtlich neben Wochenmarken auch Karten für je zwei Wochen und für je ein Vierteljahr zulassen. Die Vorgehensweise der Karten immer bei der Zahlung eingeflegt werden müssen, ermöglicht dem Entwurf die Vermeidung der Karten zu anderen Terminen. Nur sollen die Karten in allen Fällen spätestens in der letzten Woche des Kalenderjahres oder bei früherem Aufhören des Arbeitsverhältnisses spätestens bei dessen Beendigung beigebracht werden. Hierbei kann den Wünschen und Interessen der Arbeitgeber im weitestem Maße Rechnung getragen werden. Die Mängel des Markensystems wird für die Arbeitgeber ferner dadurch erleichtert, daß die Befugnis der Versicherten, die Karten selbst einzulösen, näher geregelt wird. Versicherte, die die Karten selbst eintreiben, haben gegen den Arbeitgeber einen Erstattungsanspruch auf die Hälfte des für die Lohnsätze vorgeschriebenen Beitrags, sobald die Karte vorschriftsmäßig entwertet ist. Außerdem sucht der Entwurf die Einziehung der Beiträge von Amts wegen, wobei die Mängel des Markensystems den Arbeitgebern ganz abgenommen und auf Krankentassen oder besondere Einzugsstellen übertragen wird, zu fördern, was sich für ständige Arbeiter im Allgemeinen bewährt hat. Als Beiseiten werden unter Umständen die örtlichen Rentenstellen benutzt werden können. Wenn dies aber auch nicht der Fall ist und für die Beiseiten Vergütungen zu gewährt sind, so wird die hierdurch eintretende Erhöhung der Verwaltungskosten, abgesehen von der erhöhten Mehreinnahme an Beiträgen, dadurch aufgewogen werden, daß durch das Einzugsverfahren ein wichtiger Anlaß zu Klagen der Arbeitgeber beseitigt und die Rechte der Arbeiter aus der Versicherung in erhöhtem Maße gesichert werden. In gewissen Fällen soll ferner die Einlösung von Karten durch Eintragungen mittels Handschrift oder Stempeldruck ersetzt werden dürfen. Endlich wird der zuweilen noch bemerkten Ablosung und Wiederanfertigung bereits gebrauchter Karten durch Strafbestimmungen entgegengetreten. Mit der durch Einführung von Appoints ermöglichten geringeren Zahl der Karten vermindern sich naturgemäß auch der Bedarf an Beitragsarten und die für deren Herstellung erforderlichen Kosten sowie die Verwaltung der Behörden bei Ausstellung und Untertausch der Karten. Weiter sieht der Entwurf aber auch die Anlegung von Sammelkarten (Stanten) für die einzelnen Versicherten vor, in welche der Inhalt der Beitragsarten zu übertragen ist. Die Einzelkarten können dann vernichtet werden. Hierdurch wird die kostspielige Aufbewahrung der außer Verkehr gesetzten Versicherungsurkunden wesentlich eingeschränkt; es können dann die vielfach bemängelten „Stantenpässe“ einzelner Versicherungsanstalten für andere Verwaltungszwecke nutzbar gemacht werden. Nach Durchführung aller dieser Verbesserungen werden die Klagen über das Markensystem nach und nach verschwinden.“

erklärt Sie mir überzeugt find, daß der Friede erst dann ausbricht, wenn ich den Frieden geschlossen werden muß, so bin ich bereit, Ihnen beizustehen und Ihre Meinung bei meinem Vater zu vertreten.“ Er begab sich dann zum Könige, kam nach einer kleinen halben Stunde zurück in derselben ruhigen und freundlichen Stimmung, aber mit den Worten: „Es hat mir schwer gefallen, aber mein Vater hat zugestimmt.“ Diese Zustimmung hatte seinen Ausdruck gefunden in einem mit Bleistift an den Rand einer meiner letzten Eingaben geschriebenen Marginale ungefähr des Inhalts: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stiche läßt und ich hier außer Stande bin, ihn zu erfassen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, lasse ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, jedoch so glänzenden Sieges der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen, und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen.“ Ich glaube mich nicht im Wortlaut zu irren, obwohl mir das Attentat gegenwärtig nicht zugänglich ist; der Sinn war jedenfalls der angegebene und mir damals trotz der Schärfe der Ausdrücke eine ersteilige Lösung der für mich unerträglichen Spannung.

Ueber Deutschlands Verhältnis zu Rußland sagt Bismarck in einem anderen Kapitel: „Wir haben 1870 der russischen Politik bereitwillig beigestanden, um sie im Schwarzen Meere von den Beschränkungen zu lösen, welche der Pariser Vertrag ihr auferlegt hatte. Dieselben waren unnatürlich, und das Verbot der freien Bewegung an der eigenen Meeresküste war für eine Macht wie Rußland auf die Dauer unerträglich, weil demüthigend. Außerdem lag und liegt es nicht in unserem Interesse, Rußland in der Verwendung seiner überflüssigen Kräfte nach Osten hinderlich zu sein; wir wollen froh sein, wenn wir in unserer Lage und geschichtlichen Entwicklung in Europa Rußland finden, mit denen wir auf keine Art von Konkurrenz der politischen Interessen angewiesen sind, wie das zwischen uns und Rußland bisher der Fall ist. Mit Frankreich werden wir nie Frieden haben, mit Rußland nie die Nothwendigkeit des Krieges, wenn nicht liberale Dummheiten oder dynastische Mißgriffe die Situation fälschen.“

Die Vorgänge in Frankreich.

Ein der Generalstabs-Clique angehörendes Provinzialblatt versichert, daß der Herzog von Vendôme, Schwager des Grafen von Flandern, die Schuld Dreyfus' bekräftigt habe. Es soll dies während einer Jagdpartie bei dem Herzog von Orleans gewesen sein. Der Herzog von Vendôme soll sich folgendermaßen ausgedrückt haben: „Wie, Ihr distinktiert immer noch über die Schuld des Capitäins Dreyfus? Nun, im Auslande weiß Jeder, daß Dreyfus schuldig ist.“ Es besteht keine einzige Kanzlei zwischen Brüssel und Kopenhagen und Wien, wo man nicht längst hierüber im klaren ist. Dreyfus ist schuldig und seine Schuld ist durch eine Denunziation Rußlands bekannt geworden. Im Jahre 1893, als das Berliner Kabinett die französisch-russische Allianz zum Scheitern bringen wollte, um eine russisch-deutsche Allianz zu Stande zu bringen, theilte es dem Kabinett von Petersburg die Beweise mit, daß man nicht auf die Stütze Frankreichs zählen könne. Unter diesen Beweisen befanden sich auch diejenigen für die Schuld Dreyfus'. Die deutsch-freundliche Partei in Rußland hoffte, hiermit ein Mittel in der Hand zu haben, die französisch-russische Allianz zum Scheitern zu bringen. Man gab dem Zaren Kenntniß von Allem, was vorging, aber dieser ließ sich hierdurch nicht beeinflussen, sondern bestand darauf, sich mit Frankreich zu verbinden. Er theilte aber alle ihm bekannt gewordenen Thatfachen dem französischen Generalstab mit. Dieser Bericht wurde bereits gestern offiziösdementirt und als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Die republikanischen Gruppen des Senats vereinigten sich gestern, nachdem sie geondert Berathungen abgehalten hatten, zu einer gemeinsamen Sitzung, in welcher der vorgesehene den Bureau des Gruppen gethane Schritt bei den Ministern eingehend wurde. Der Sitzung wohnten etwa 80 Senatoren bei. Um 5 Uhr Nachmittags wurde die Sitzung vertagt, um den Senator Barben die Möglichkeit zu geben, die Minister des Innern aufzufordern und die Antwort der Regierung einzuholen.

Die demokratische Linke des Senats hatte den Präsidenten Loubet ersucht, den Senat für heute einzuberufen. Loubet hat dies abgelehnt.

Der Leiter des Pasteur'schen Instituts Duclaux, hat eine Einladung zu einer großen heute Abend stattfindenden Versammlung an die Pariser Bevölkerung ergehen lassen. In dieser Einladung heißt es: „Bürger und Studenten! Ein ungeheures Attentat ist gegen die Gerechtigkeit geplant. Der herrliche Oberst Biquart wird mit seiner Freiheit die Revision bezahlen müßten die sein. Freit ist und die icht Mianah mit

dem Geheiz zu verfahren und einzig seinem Gewissen zu folgen.

Heute findet die Konfrontation Picquarts und Gonjes vor dem Stationshof statt.

Labori und Mornard beschloßen, den Sekretär Laboris, den Abbotten Gib zu Dreyfus nach der Ferkelsinsel zu senden; Gib dürfte sich am 9. Dezember einschiffen.

Die Mitglieder des Senatsbureaus begaben sich gestern Abend zu Dupuy, Freycinet und Lebreton, um diese um Aufschub des Prozesses gegen Picquart zu erlöden, bis der Stationshof seine Entscheidung in der Dreyfussache gefällt habe. Die Minister hörten die Senatoren schweigend an. Schließlich erklärte Dupuy, daß er seine Antwort den Bureaus heute zugeben lassen werde.

Im Amtsblatt wird jetzt die Pensionssumme bekannt gemacht, welche die Wittve Genrys erhalten wird. Darnach ist ihre vom September 1898 ab eine jährliche Pension von 1767 Franks zugewillt.

Labori hat Freunden gegenüber geäußert, er werde nicht zulassen, daß Waldeck-Rousseau die Vertheidigung Picquarts vor dem Kriegsgericht übernehme. Waldeck-Rousseau hat nämlich zu verstehen gegeben, daß er bereit sei, sich als Vertheidiger Picquarts wählen zu lassen.

Nach einer Meldung aus Amsterdam hat sich **Esterhazy am Sonnabend von dort aus nach Amerika eingeschifft.**

Auf die Einnahme, welche durch den Verkauf der bekannten Broschüre Esterhazys erzielt wird, hat der Better Esterhazys bis zum Betrage von 32 000 Franks Beschlagnahme lassen.

Aus dem Reiche.

Der **Kaiser** überreichte am Donnerstag den Prinzregenten Luitpold eine Miniaturanbildung der in der Erlöserkirche angebrachten, auf die Einweihung bezüglichen Gedächtnistafel. — Nach stehendes Telegramm ist von dem Kaiser an Franz Admiral Batth in Weimar gerichtet worden: „Meiner warmen Theilnahme bitte Ich Sie versichert zu sein bei dem schweren Verlust, der Sie und die Ihrigen betroffen hat. Von Gröndung der preussischen Marine an bis zum letzten Ahemzuge der alten Waffe, mit Herz und Gelf zugesthen, wird die fördernde Kraft des Admirals von seinen Schülern in der Marine fortgetragen werden. Ich habe den Kontreadmiral v. Arnim beauftragt, Mich bei der Beerdigung zu vertreten.“

Wilhelm I. R. — Zum **Rabbiner der jüdischen Gemeinde in Berlin** ist Dr. Goldschmidt zu Königsbütte von der gemischten Kommission gewählt worden. Die Wahl hat nach die Genehmigung der Repräsentanten zu finden. — **Petition von Berliner Mergern** an die städtischen Behörden, Einäscherungsgelegenheit für die sogenannten Seuchentadaver in Berlin schleunigst zu beschaffen, lag der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege vor. Nach eingehender Berathung wurde die Bedürfnisfrage hierfür verneint. Auch Herr Geheimrath Koch habe sich in diesem Sinne geäußert. — In der **Reichsdruckerei** ist mit Genehmigung des Staatssekretärs v. Boddies die erste **Veruch mit Vadeeinrichtungen für Arbeiter** gemacht worden. Bei dieser Gelegenheit wichtigen Anlage hat, wie meist in Berlin z., die Form der Brausebäder Anwendung gefunden. Wie das Archiv für Post und Telegraphie“ mittheilt, sind in der Reichsdruckerei zunächst drei Vadezellen eingerichtet und Anfang März d. J. der Benutzung übergeben worden. — In Königsberg fand eine ordentliche Sitzung der Bezirkseisenbahnraths für die Bezirke der Eisenbahndirektion Bromberg, Danzig und Königsberg statt. Zu derselben wurde u. A. über einen Antrag des Vorsitzenden des ostpreussischen Müllereibereins auf **Erweiterung der Gültigkeit des Getreideausnahmetarifs** vom 13. Dezember 1897 verhandelt. Die Angelegenheit hatte früher den Müllereirat bereits zweimal beschäftigt. Der Antrag zielt darauf ab, den ostpreussischen Binnenmüllern gegenüber den Großmüllern der Hafenstädte konkurrenzfähiger zu machen. Man will also den für die Hafenstädte Königsberg, Danzig und Memel gültigen billigeren Ausnahmetarif auch auf diejenigen Bahnhöfe ausweiten, an denen oder in deren Nähe sich Mühlenbetriebe befinden. Im Bezirkseisenbahnrath erregte die Sache eine längere Debatte; schließlich wurde der Antrag, wenn auch mit geringer Majorität, angenommen. — Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat beschlossen, zur Durchführung des geplanten **Kleinbahnbaues Dreenndorf-Calbe a. M. - Bismark** sich durch Uebernahme von Aktien in Höhe von 500 000 Mark an dem Unternehmen zu betheiligen. — Die Generalversammlung der Landtschaft der Provinz Westfalen beschloß die Umwandlung der Landtschaft in eine **öffentliche Kreditanstalt**, sprach ferner ihre Sympathie für den Antrag des westfälischen Bauernvereins aus, wonach die Landtschaft als eine geeignete Kreditanstalt zur Vermittelung der Ablösung von Abfindungsrenten

von Juristen auf Aufstellung. Unter ihnen
sah man Bürgermeister Zähne und fünf Mit-
glieder des Magistrats mit ihren goldenen Amts-
ketten sowie sechs Stadtobernute. Links von
den Fürstenthümern vor den Garde- und Corps-
standen die Prinzen des königlichen Hauses und
die Geistlichkeit, Hofsprecher Rogge und Hof-
prediger Kessler. Langsam rollte der Hofzug in
die Station ein, die kaiserlichen Kinder liefen
rasch herbei, der Kaiser entstieg zuerst seinem
Wagen, ließ herzlich die kleine Prinzessin
Victoria Louise, die er zu sich emporhob, dann
die Prinzen Joachim, Oskar und August Wilhelm.
Sekt war auch die Kaiserin ausgeflogen. In
den Augen der hohen Frau glänzten Thränen
der Rührung, als ihr die Kinder dufteuden
Blumensträuße entgegenhielten und jubelnd den
Mutter zufließen; die kleine Prinzessin, die ganz
in weiß gekleidet war, erhielt den ersten Gruß.
Inzwischen war der Kaiser, der Marine-Inten-
dant, Uniform und Mantel trug, die Ehrenwache
lang geschildert und hatte die Prinzen begrüßt.
dann reichte er jedem der Minister, Staats-
sekretäre, Generale n. s. w. die Hand. Der Mon-
arch war heiterster Laune und sah, das Gesicht
dunkel gebräunt, ungemein wohl aus. Sekt war
auch die Kaiserin an die Prinzen, die Geistlichen
die Minister und Generale heran, während die
Regimentsmusik, die zuerst die Paradeplatz ge-
blasen hatte, die Nationalhymne ankündete. Die
Kaiserin trug ein hellblaues Kleid, dessen Saum
an den Aufschlägen reich mit Stahlschlitz garni-
ert und mit Perlen verbrämt war. Eine stierlich
Touche aus hellblaues Sammet mit Straußfedern
und Keiser hob sich von der frischen Gesicht-
farbe wirkungsvoll ab. Mit gemüthlicher Liebens-
würdigkeit hatte die Monarchin für Jeden einige
freundliche Worte.

— In Berlin trifft heute ein hoher nor-
wegischer Offizier ein. Er überbringt im Auf-
trage des norwegischen Kriegsministeriums dem
Kaiser Wilhelm eine große Anzahl neuer Aus-
rüstungsgewandstücke der norwegischen Infanterie,
um die der Monarch durch das Kriegsministerium
in Berlin die norwegische Militärverwaltung er-
sucht hat.

— Nach einer Meldung der „Kön. Volks-
zeitung“ beschloß der Episkopat in den letzten
Tagen auf Anregung des Kardinals Krementz
an den Kaiser eine Dankadresse anlässlich der
Geheißes der Dormition an die deutschen Katho-
likten zu richten. Diese Adresse werde Mitte der
nächsten Woche in die Hände des Kaisers ge-
langen.

— Wie aus San Pier d'Arena gemel-
det wird, fand am gestrigen Sonntag in dem Ort
Begli zum Andenken an den Aufenthalt Kaiser
Friedrich's die feierliche Enthüllung einer Gedenk-
tafel statt. Anwesend waren die Vertreter der
Behörden und der deutschen Kolonie, der deutsche
und der österreichisch-ungarische Konsul, viele
italienische Offiziere sowie Vereine mit Musik.
Der Bürgermeister, Professor Molinari, und
Pastor Leonhardt hielten Ansprachen.

— Der „Berl. Lot.-Anz.“ kann auf Grund
von Informationen, die ihm von angeblich ge-
unterrichteter Seite zugegangen sind, betonen, daß
das Einverständnis zwischen dem Kaiser und den
Bundesfürsten über den Fall Lippe hinaus ein
Wiederkehr veralteter Differenzen für die Zu-
kunft unmöglich macht. Es ist prinzipielle Ueber-
einstimmung darin erzielt worden, daß im deu-
schen Reich eine Behörde existieren müsse, die zur
Schlichtung von Thronstreitigkeiten nach Art der
Schlichtigen zuständig ist und es dürfte aller Wahr-
scheinlichkeit nach dem Bundesrath in einer Form,
die fernhin allen Zweifel und allen Streit aus-
schließen wird, die Zuständigkeit verliehen
werden.

— Der „Fest. Ztg.“ wird aus Karlsruhe
gemeldet: In einem hiesigen Gasthof wurde am
Sonntag ein angeblicher Anarchist, Namens
Kasimir v. Komatski, verhaftet. Er war von
Konstanz aus avisiert und kam von Baden-Bade-
her. Verdächtige Papiere sollen indeß nicht bei
ihm gefunden worden sein. Auch in Baden-
Baden wurden am Tage der Ankunft des Kaisers
mehrere Personen unter dem Verdacht, Anarchisten
zu sein, verhaftet.

— Generalmajor Labemann, Kommandant
von Kistrin, welcher zur Disposition gestellt ist,
war als gemeiner Soldat in die preussische
Armee eingetreten, kapitulirte und wurde
dann vom Unteroffizier zum Offizier befördert.
Als Unteroffizier stand er bei der 4. Kompanie des
brandenburgischen Pionier- Bataillons Nr. 1.
Zeichnete sich durch persönliche Tapferkeit bei der
Erfürung der Düppeler Schanzen sowie bei der
Uebergang nach Aisen in so hervorragender Weise
aus, daß er mit dem preussischen Militär-Ehren-
kreuz 2. und 1. Klasse und der österreichischen
Tapferkeitsmedaille 1. Klasse decorirt und 1864
wegen seines Verhaltens vor dem Feinde „a
Sonderauszeichnung in das Infanterie-Regiment
Nr. 66 eingestelt wurde. Im Kriege 1870/71
erwarb er sich das eiserne Kreuz, wurde Premier-
Lieutenant und Regiments-Adjutant. Im Jahre
1873 in das Infanterie-Regiment Nr. 37 ver-
setzt und zum Hauptmann und Kompanie-Com-
mandant ernannt.

Braun. 27. November. Nach einer bei den Czechen zu Gunsten der Errichtung eines czechischen Hochschule veranstalteten Versammlung kam es in Folge provokatörischen Auftretens der Czechen zu Reibungen zwischen Deutschen und Czedhen. Die Polizei schritt ein und verhaftete sieben Czedhen.

Meisenberg. 26. November. Der deutsche Klerus Meisenbergs veröffentlicht eine Erklärung worin das Zusammengehen der katholischen Volkspartei mit den Jungczechen entchieden nicht billigt und die Fruchtlosigkeit der vom ganzen deutsch-böhmischn Priestertland gegen diese verfehlte politische Haltung wiederholt erhobene Vorstellungen beklagt wird. Die Erklärung betont, daß der deutsche Klerus unentwegt untreu au der Seite seines bedrängten Volkes an harren und für dessen Rechte jederzeit eintreten werde.

Italien.

Rom. 27. November. Crispi ist entschlossen den italienisch-französischen Handelsvertrag, dessen Annahme trotzdem gesichert erscheint, zu bekämpfen.

Spanien und Portugal.

Madrid. 27. November. Die Vereinigten Staaten bieten der spanischen Regierung zehn Millionen Dollars für die Abtretung der Karolinen Inseln.

Rumänien.

Bukarest. 27. November. Das Parlament wird morgen vom König mit einer Thronrede eröffnet werden.

Von der Marine.

Die zum Kreuzergechwader in den ostasiatischen Gewässern befindlichen Schiffe entwickeln gegenwärtig eine lebhafteste Thätigkeit. Gegenwärtig befinden sich das Flaggschiff des Geschwaders der Panzerkreuzer „Kaiser“, und die beiden Kreuzer „Gefion“ und „Cormoran“ in Hongkong auf dem Wege nach diesem Hafen ist außerdem der Kreuzer 2. Klasse „Kaiserin Augusta“, der letzter Tage seinen Kommandanten gewechselt hat indem Kapit. z. S. Köllner das Kommando des Kreuzers an den Kapitän z. S. Gilsch abgab Prinz Heinrich wird am 27. d. M. mit seiner Flaggschiff „Deutschland“ von Shanghai nach Amoy in See gehen; von den drei übrigen Kreuzern befinden sich die „Irene“ in Manila, die „Prinzess Wilhelm“ in Kiautschau und die „Albatros“ in Shanghai. Das ganze Kreuzergeschwader ist mithin zur Zeit aufgelöst.

Arbeiterbewegung.

Wenn „Genossen“ als Arbeitgeber auftreten dann macht sich ein scharfer Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Sozialdemokratie bemerkbar. So hat beispielsweise der sozialdemokratische Konsumverein in Potsdampel auch die beiden Kutsther, die er beschäftigt, eine „Stallordnung“ gegeben. Darin heißt es, daß die Pferde im Sommer um halb 5 Uhr und im Winter um 5 Uhr zu füttern und um halb 7 Uhr bezim, um 7 Uhr anzupacken seien. Dann die Arbeitszeit Abends „unbeschränkt, so lange es das Interesse des Geschäfts fordert“. Ueberrascht steht kein Wort in der Ordnung. Wo bleibt denn da der achtundfünfzig Arbeiter für den die Macher dieser Stallordnung begeisterten schwärmen?

Stettiner Nachrichten.

* Stettin, 28. November. Bei der heute vollzogenen Stadtorordneten = Wahl der ersten Abteilung siegen, wie vorauszusagen war, die Kandidaten der „Vereinigten Liberalen richtiger der „Freien Vereinigung der Stadtverordneten“. Gewählt wurden auf 3 Jahre die Herren Kaufmann G. Wau, Justizrath Ritschl, Kaufmann Hellmuth Schroeder Direktor der Neuen Dampfer-Kompagnie Steinhilber, Kaufmann Eugen Zander, Rechtsanwalt Paul Behrmann und Kaufmann A. Kuhl. Auf 2 Jahre Herr Regierungsbaumeister Wechselmann.

* Anläßlich des 25jährigen Bestehens der Handels- und Gewerbekasse für Frauen und Töchter fand gestern Mittag im Saale der Abendhalle ein Festakt statt, bei dem u. a. die Herren Regierungspräsident v. Sonnerfeld und Konsistorialpräsident Dr. Richter bewohnten. Eröffnet wurde die Feier mit einem von Schülerinnen der Gesanglehrerin Ch. Wiltsch vorgetragenen, dreistimmigen Chorsodan folgte ein von Paul Wendt gedichtetes und von einer Dame des Instituts gesprochenes Prolog und nahm hierauf der Vorträge des Auditoriums, Herr Geheimrer Kommerzienrat Schlutow, das Wort zu einer Begrüßungsaufsprache. Redner gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß als hohe Gömmrin der Schule auch die Gattin des verstorbenen Oberpräsidenten Freiherrn v. Münchhausen

Ueber den Ausgang der Vorerhandlung des Friedensschluß von 1866 schreibt der Kaiser: „Die Schilderung der vielen Schwierigkeiten, die sich dabei ergaben, war, Folgendes: „Die Verhandlungen führten eine so lebhaft bewegte Zeit herbei, daß eine Verläumdung, die sich gegen mich und ich dem Einbrüche der Verhandlung sei abgeleitet, das Zimmer verließ mit dem Gedanken, dem König zu bitten, daß er mir erlauben möge, meiner Eigenschaft als Offizier in mein Regiment einzutreten. In mein Zimmer zurückgekehrt, war ich in der Stimmung, daß mir der Gedanke trat, ob es nicht besser sei, aus dem offenkundigen, vier Stock hohen Fenster zu fallen, als ich sah nicht um, als ich die Thür öffnete, obwohl ich vermutete, daß der Eintretende der Kronprinz sei, an dessen Zimmer auf dem Korridor vorbeigegangen war.“

Die Agitation in der Picquart-Angelegenheit wächst unaufhörlich. Der Protest trägt bereits 10 000 Unterschriften.

Dupuy ist entschlossen, Zurlinden zu opfern und wird sich der Initiative der Kammer nicht widersetzen. Einige Gauchinistische und radikal-republicanische Abgeordnete werden die Abschlachtung des Senats beantragen, ferner daß gegen diejenigen vorzugehen werde, welche den Protest gegen Picquarts Vorladung vor ein Kriegsgericht unterschrieben haben. Man fürchtet, daß die Person Faures in die Debatte hineingezogen werden wird.

Eine vom Pariser Militär-Gouvernement herkommende Note befragt: General Zurlinden erklärte ausdrücklich die Unbenützung gewisser Morgenblätter für falsch, welche dahin gehen, daß bei seinem Vorgehen in der Picquart-Angelegenheit durch Anweisungen gebedt, die ihn

angenehmen Aufenthalte ist durch eine neuerdings erfolgte **Grenzregulierung** ein Ende gemacht worden. Viele Grenzbesohner des Kreises Neupen und Niesendorf hatten nämlich ihre Wohnhäuser auf deutschem und die zugehörigen Scheunen und Stallungen auf holländischem Boden. Diese Besitzungen standen sehr hoch im Werte. Ihre Hauptbesitzer waren natürlich Schmuggler. Durch eine holländische und preussische Kommission wurde die Verweisung der Grenzsteine vorgenommen, um die zusammengehörenden Bauflächen einem und demselben Staate zuzuwenden. Dadurch bei dem Ausgleich der Gebiete kein Staat zu kurz kam, versteht sich von selbst.

Offizier des neuangebildeten Infanterie-Regiments Nr. 140 ernannt, war er vom 28. Juli 1890 bis zu seiner Ernennung zum Kommandanten von Küstritz, Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 60. Seine Beförderung zum Generalmajor erfolgte am 16. Juni 1896.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. November. In parlamentarischen Kreisen legt man dem Beschluß der deutschen Wiedspartei, wegen der zzechischen Postula- tionen die schroffste Form der Obstruktion an- zunehmen zu wollen, keine besondere Bedeutung bei. Man versichert, die Regierung werde ge- bestimmt bis längstens 18. Dezember den Reid- tag vertagen, damit die Landtage durch fünf Wochen die Landesangelegenheiten erledigen können. Das Schicksal des gegenwärtigen Parlaments werde sich im Februar entscheiden.

eigenen Luns. Hedner schloß mit einem Ge-
auf Se. Majestät den Kaiser, in das alle V-
wehenden begeistert einstimmt. Georgel
beendete die Feier, der sich ein Rundgang
die in den Nebenräumen der Abendhalle ar-
gigte Ausstellung von Schülerinnen-Arbeiten o-
schloß. Einzelne von den zur Schau gestell-
Gegenständen fanden wegen ihrer feinen, v-
künstlerischen Gesinnung zugehenden Ausführun-
ungetheilte Anerkennung. — Heute Abend fin-
für die Schülerinnen der Anstalt eine Nachf-
von geistlichem Charakter statt.

* Die Fleischer-gesellen = Brüde-
schaft beging gestern die Feier ihres 11-
jährigen Bestehens. Nachmittags um 3 1/
jammerten sich die Festheftschmer, etwa 300
der Zahl, vor dem „Eiseller-Restaurant“ in
Freienstraße, viele hatten die kleidende Tra-
 ihres Gewerbes mit hellgezierter Mönch-

